

„Henrich ist nicht glaubwürdig“

Arnold kritisiert Haltung des CDU-Kollegen bei Betreuungsgeld und Nebeneinkünften

NTZ, 23.11.11
2012

S 26

NÜRTINGEN. Am Freitag vergangener Woche haben CDU und FDP eine der umstrittensten familienpolitischen Leistungen der vergangenen Jahre verabschiedet: das Betreuungsgeld. Dies nahm der Nürtinger Abgeordnete Michael Henrich (CDU) zum Anlass, den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zu attackieren, der das Betreuungsgeld im Bundestag kritisiert hatte.

Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold rät nun seinem Kollegen, sich an seine eigenen Aussagen zu erinnern. Henrich selbst habe bei vielen Diskussionen im Wahlkreis das Betreuungsgeld abgelehnt. „Als es im Bundestag zum Schwur kam, hat er entgegen seinen bisherigen Aussagen brav mit seiner Fraktion gestimmt“, so Arnold. Wenn man allerdings als Abgeordneter in Berlin anders votiere, als man im Gespräch mit Wählern bekundet habe, sei das fatal: „Da fragen sich die Bürger, wie glaubwürdig ist dieser Abgeordnete eigentlich“, so Arnold.

Glaubwürdigkeit sei aber nun einmal die Währung, in der sich der Wert eines Abgeordneten bemesse. „Im Zweifelsfalle sollte man eine unpopuläre Haltung im Wahlkreis vertreten. Hauptsache man vertritt sie durchgängig“, so Arnolds Resümee. Das gelte auch für Henrichs Kritik an den Ne-

beneinkünften von Peer Steinbrück. Dieser habe seine Einkünfte vollständig offengelegt. Die SPD-Fraktion im Bundestag habe zudem die vollständige Veröffentlichung auf Euro und Cent bei allen Abgeordneten gefordert. Dies wurde jedoch bisher von Union und FDP abgelehnt. „Da passt etwas nicht zusammen“, so Arnold. „Es steht zu befürchten, dass sich die Koalition auch in den anstehenden Beratungen mehr Transparenz bei Nebeneinkünften verweigert.“

Innerhalb der schwarz-gelben Koalition wurde in den vergangenen Jahren über kaum ein Thema so ausdauernd gestritten wie über das Betreuungsgeld. Was Michael Henrich als „Verzögerungen“ auf dem Weg zum Betreuungsgeld bezeichne, sei schlicht die Tatsache, dass die Gesetzgebung immer wieder ins Stocken geriet – und zwar wegen des massiven Protestes aus FDP und CDU.

Michael Henrichs Behauptung, mit der Kritik am Betreuungsgeld werde die Leistung von Familien diffamiert, erscheine angesichts dieses Konflikts „durchsichtig und einer gewissen Hilflosigkeit geschuldet“, so Arnold. Natürlich leisteten Familien wertvolle Arbeit. Zudem obliege es den Eltern, für welche Form von Betreuung für ihre kleinen Kinder sie sich entschieden,

sagte Arnold. „Aber dazu müssen sie sich überhaupt erst einmal entscheiden können.“ Und genau da liege die Krux: Nach dem Bekunden der Regierung sei das Betreuungsgeld ja nur die eine Seite der Medaille. Die andere sei der im August 2013 in Kraft tretende Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Was aber lange gemutmaßt wurde, ist nunmehr amtlich: Nach Aussagen des Statistischen Bundesamtes ist der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in 2013 praktisch nicht mehr zu erfüllen: Es mangelt an 220 000 Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren – und nicht nur das: Nach Berechnungen des Familienministeriums fehlen 14 000 Erzieherinnen und 20 000 Tagesmütter, um den Anspruch zu gewährleisten.

Für Rainer Arnold sollen damit Eltern von Kita-Plätzen ferngehalten werden, die auf Grund der Untätigkeit der Regierung bis 2013 nicht vorhanden seien. „Wahlfreiheit sieht anders aus.“ Tatsächlich werde den Familien die Entscheidung über ihr Lebensmodell wider besseres Wissen von Schwarz-Gelb verweigert. Lieber nähmen Union und FDP einen teuren familienpolitischen Rückschritt in Kauf, um der zerstrittenen Koalition zumindest den Anschein von Handlungsfähigkeit zu geben.